

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Berichtungen nehmen die Rundschau und die Auswärtige die Deutschen ausgetragen. — Erfolgt werktäglich.
Benzensch. Anschlag Nr. 83.

Telegramme: Tageblatt Auebergang. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postamt-Amt: Aue Satzg. Nr. 1000

Nr. 32

Sonntag, den 7. Februar 1932

27. Jahrgang

Merkwürdiger „Abrüstungsvorschlag“ Frankreichs

französisches Winkelzüge um die Abrüstungsfrage — Weltpolizei im Interesse der französischen Vorherrschaft

Die französischen Vorschläge

Gef., 5. Februar. Der französische Delegierte Tardieu hat am Schluß der heutigen Volksversammlung der Abrüstungskonferenz dem Präsidenten Henderson ein Memorandum übergeben, in dem der Standpunkt der französischen Regierung zu den Aufgaben der Abrüstungskonferenz niedergelegt ist. Das französische Memorandum hat die bekannte französische Sicherheitsthese zur Grundlage.

Gef., 5. Febr. Die französischen Vorschläge, die der Abrüstungskonferenz übergeben worden sind, gliedern sich in fünf Kapitel. In der Einleitung wird betont, daß die Abrüstungskonferenz ihr Wert auf die Vorarbeiten des Völkerbundes gründen müsse.

Im ersten Kapitel wird die Internationalisierung der Zivilluftfahrt vorgeschlagen. Die Bombenflugzeuge sollen generell dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden.

Im Kapitel 2 wird ausgeführt, daß nur solche Mächte schwere Artillerie, Zivilluftfahrt und Unterseeboote besitzen, die sich bereit erklären, diese Waffen dem Völkerbund zur Anwendung des Artikels 16 zur Verfügung zu stellen.

Kapitel 3 handelt von der internationalen Streitmacht. Die Völkerbundstruppe soll durch Stellung von Kontingenten der einzelnen Staaten, die auf den Territorien dieser Staaten verbleiben, gebildet werden. Frankreich erklärt sich bereit, für Exekutionen außerhalb Europas eine gemischte Luftfahrtbrigade, ferner Landmaterial ohne Personal und ohne Munition zur Verfügung zu stellen. Für Exekutionen in Europa will Frankreich eine Division, bestehend aus allen Waffengattungen, eine Marinebrigade, eine gemischte Luftfahrtbrigade und Landmaterial bereithalten. Sollte Angriff unter Druck der Satzung des Völkerbundes stattfinden, so ist jedes Land berechtigt, ohne weiteres seine gesamten Kräfte, also auch die internationalen Kontingente, einzuziehen.

Kapitel 4 behandelt den Schutz der Zivilbevölkerung. Es wird Verbot des Bombenabwurfs gefordert, jedoch mit einer Reihe von Vorbehalt.

Im letzten Kapitel werden Vorschläge über „die Organisation des Friedens“ gemacht. Die Gedanken des französischen Memorandums vom 15. Juli 1930 betreffend die Definition des Angreifers usw. werden noch einmal wiederholt.

Gef., 5. Febr. Von französischer Seite verlautet, daß das heute von Tardieu übergebene Memorandum Einwirkungen auf den befohlenen Standpunkt der französischen Regierung in der Sicherheitsfrage enthalten. In diesem Zusammenhang soll das Memorandum die Frage eines internationalen gegenseitigen Garantiekartells unter Einbeziehung der Völkerbund nicht angeordneten Mächte behandeln, ferner die Idee einer Internationalisierung der gesamten Luftfahrt und die Schaffung einer internationalen Streitmacht. Es wird betont, daß das Memorandum als Ergebnis einer monatelangen Zusammenarbeit der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Stellen sei.

Der Eindruck

des französischen Memorandums

Gef., 5. Februar. Das französische Memorandum hat wohl bei seiner Delegation Überraschung hervorgerufen. Es enthält einen einzigen praktischen Vorschlag für die der Konferenz eigentlich gestellte Aufgabe, die Wörterung, sondern eine Reihe von Vorschlägen, die keinen anderen Zweck verfolgen, als die bekannte französische Sicherheitsthese nochmals zu erheben. — Die einzige positive Neuerung in den französischen Vorschlägen sind die Bestimmungen über den Schutz der Zivilbevölkerung bei Bombardements. — Wenn das französische Memorandum jetzt die Sicherheitsthese in den Vordergrund der Konferenzverhandlungen zu rücken sucht, so ist hierzu festzustellen, daß die Aufgabe der Konferenz völlig verkannt wird. — Die französischen Vorschläge für die Internationalisierung der Luftfahrt sind sowohl hinsichtlich der Kriegsflugzeuge, als auch hinsichtlich der zivilen Luftfahrt unbestimmt gegen Deutschland gerichtet, das bei dem gegenwärtigen Zustand ein geographisches Hindernis für den freien Verkehr der Kriegsflugzeuge Frankreichs und seines östlichen Verbündeten bildet und das ihm gezwungen steht, eine am technischer Ausstattung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit maßregelnde Luftflotte auszubilden. Für Deutschland ist die Frage einer Völkerbundarmee solange nicht diskutierbar, als das gegenwärtige flagante Militärallianz zwischen rücksichtslos entwaffneten und lärmenden ausgesetzten Staaten besteht. Unter diesen Umständen müssen in einer Völkerbundarmee die noch aufgerüsteten Staaten des unbedeutigen Schengenstaat besitzen, und eine Waffe kann nicht aus-

gegen die Schwachen möglich sein. Wie schon zur Zeit des Genfer Protokolls verfolgt Frankreich auch jetzt das Ziel, als Mandatario des Völkerbundes in Europa nach seinem Gutdünken die Weltgewalt auszuüben. Schon eine erste Prüfung der technischen Seite der französischen Vorschläge zeigt, daß es sich um keinen praktischen Plan handelt, sondern um ein Dokument, das unter dem Vorwand technischer Siele im wesentlichen politische Zwecke verfolgt. — Die deutsche Delegation ist von dem Inhalt des französischen Memorandums in feiner Weise überrascht worden. Sie wird im gegebenen Augenblick dazu Stellung nehmen.

Berliner Blätter zur französischen Denkschrift

Berlin, 6. Februar. Die gestern vor Tardieu den Delegationen in Genf überreichte französische Abrüstungsdenkchrift wird erst bisher von wenigen Zeitungen besprochen. — Während der „Vorwärts“ in den französischen Vorschlägen, den Völkerbund mit einer Armee auszustatten, einen großen Gedanken sieht, der allerdings nicht als taktisches Spiel verwendet werden darf, findet der Plan in den übrigen Blättern mehr oder minder leichte Ablehnung. — Die „Germania“, die in einem Waffenkarten des Völkerbundes keineswegs das Ideal einer Friedensorganisation sieht und zweifelt, ob eine größere Anzahl Staaten diesem Gedanken Geschmack abgewinnen könne, fragt, ob sich Frankreich die Internationalisierung der Streitkräfte auf der Basis vollkommenen Gleichberechtigung aller Mächte in den Rüstungsfragen und gleichen Beitrag zu den internationalen Streitkräften vorstelle, oder ob Frankreich das schwere Opfer auf sich nehmen wolle, allein oder vorwiegend die Weltpolizei für den Genfer Völkerbund zur Verfügung zu stellen. — Die „DAG“ spricht von auffälligen und empörenden Winkelzügen und fragt, ist es die Absicht der französischen Regierung, dem über Deutschland und Europa bewußt verhängten Elend auch noch den Hahn hinzuzufügen? Wohl noch niemals sei auf ein Stil Papier so viel ebenso gewöhnliche wie dreiste Unwahrheiten gedruckt worden, wie in diesem laubernen Dokument der Herren Laval und Tardieu. Frankreich habe einen

neuen Weltrekord geschlagen. — Die „Börsenzeitung“ bezeichnet Deutschlands „Nein“ gegenüber solchen Forderungen als sicher. Durch das französische Memorandum sei die Konferenz für lange Zeit auf die Sicherheitsfrage festgelegt. — Der „Volksanzeiger“ sieht in dem französischen Plan eine Verewigung der französischen Vorherrschaft. Die notwendige nachdrückliche Zurückweisung könne nur durch Aussstellung ganz bestimmter deutscher Forderungen geschehen. — Der „Tag“ nennt den Vorschlag einen Überkämpfungsversuch Tardiefs und eine Verhinderung jeder wahren Abrüstung. Der Pariser Teil müsse sofort zerstört werden. — Die „Deutsche Zeitung“ urteilt ähnlich, sie spricht von einer Absehung von der Wörterung durch phantastische Sicherheitsvorschläge.

Die ersten englischen Blätterstimmen

London, 6. Febr. Die französischen Wörterungen finden in der britischen Presse ungeteilte Zustimmung. Die Kritik des „Daily Herald“ ist fast ebenso schroff in ihrer ablehnung wie der Beiträger des „News Chronicle“ freudig ausstimmend ist. „Daily Herald“ betont, daß die Bewaffnung des Völkerbundes nicht Abrüstung bedeute. Logischerweise müßten bewaffnete internationale Streitkräfte die Auflösung der nationalen mit sich bringen. Wenn Tardieu und die anderen Sprecher der französischen Regierung diese logische Ergänzung der von ihnen vorgeschlagenen Streitkräfte annehmen würden, dann wäre alles schön und gut. „News Chronicle“ meint, es bestehe kein Zweifel, daß das französische Programm fortan die Grundlage für Diskussionen der Konferenz bilden werde. Es seien ernsthafte Vorschläge, und sie müßten ernstgenommen werden. Hinzu kommt der Schaffung einer überparteilichen Streitmacht sei es jedoch nicht gewünscht, ob die Verschärfung dieses Ideals gegenwärtig durchführbar sei. „Daily Mirror“ bemerkt, daß den Vorschlägen insoweit eine besondere Bedeutung zukommt, als sie von Frankreich ausgehen, das bisher eine umbeugende Politik des Nationalismus verfolgt hat. Eine rechtsextreme Stellungnahme der führenden konservativen Blätter liegt noch nicht vor.

Gef. in Erwartung des Reichskanzlers

Gef., 5. Februar. Der Unfunkt des Reichskanzlers steht man hier allgemein mit großem Interesse entgegen. Die Presse legt der Universität Dr. Brünings die größte Bedeutung bei. Man weiß darauf hin, daß der währende deutsche Staatsmann, von dem das Ausland nur mit allgemeiner Bewunderung spricht, zum ersten Male nach Gef. kommt und nimmt an, daß Brünning die Gelegenheit benutzen wird, um die Gef. Institutionen kennen zu lernen. Es sind Begegnungen mit Drummond und Albert Thomas vorbereitet. Ob der Reichskanzler auch an der für Montagnachmittag vorgesehenen Plenartagung teilnehmen wird, steht noch nicht fest. Im übrigen rechnet man damit, daß Brünning eine Reihe von Gesprächen mit verschiedenen Staatsmännern haben wird. Dabei wird auch die allgemeine weltwirtschaftliche Lage im Zusammenhang mit der internationalen Verschuldung und den Reparationen erörtert werden. Selbstverständlich kann es sich nur um einen unverbindlichen Gedankenaustausch handeln, da ja der Kanzler die bestimmte Übersicht hat, bereits am Dienstag wieder nach Berlin zurückzukehren.

Die Wahl der Vizepräsidenten der N.R.

Gef., 5. Februar. Die Abrüstungskonferenz hat heute nachmittag in geheimer Abstimmung die 14 Vizepräsidenten gewählt, die zusammen mit dem Präsidenten Henderson und dem Vizepräsidenten Motta das Büro der Konferenz bilden. Unter Beteiligung von 54 Staaten wurden die Vertreter folgender Delegationen gewählt: Frankreich mit 54, Italien mit 54, Großbritannien mit 53, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mit 52 und Deutschland mit 50 Stimmen, ferner Schweden mit 48, Japan mit 47, Spanien, Argentinien, Belgien und die Sowjetunion mit je 88 Stimmen, die Tschechoslowakei und Polen mit je 88 und Österreich mit 82 Stimmen.

Nationalsozialisten dürfen in die Reichswehr eintreten

Berlin, 5. Februar. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat der Reichswehrminister die Bestimmung aufgehoben, nach der Nationalsozialisten nicht als Rekruten in das Heer bzw. die Marine aufgenommen werden sollten. Ehemalige Nationalsozia-

listen können also nunmehr als Rekruten eingestellt werden, müssen aber selbstverständlich auf jede politische Bestätigung verzichten.

Für Hindenburg

515 000 Eintragungen

Berlin, 5. Febr. Der Hindenburg-Klub beschließt mit, daß die Zahl der Einzeichnungen bisher insgesamt 515 000 beträgt, davon heute allein 164 000.

Oberbürgermeister Dr. Satho über die Aktion des Hindenburg-Klubs

Berlin, 5. Febr. Oberbürgermeister Dr. Satho äußerte sich heute zu einem Vortreter der „Königlichen Zeitung“ über die Aktion des Hindenburg-Klubs. Dr. Satho erklärte u. a., daß das bisherige Ergebnis der Einzeichnungen seinen Erwartungen voll entspreche. Dem von vielen Seiten gehabten Wunsche um Verlängerung der Einzeichnungsfrist folge leistend, habe Dr. Satho sich nun entschlossen, die Frist bis Sonnabend, den 13. Februar, zu verlängern. Weiterhin führte er aus, daß die Wiederaufnahme der Presse bei der Aktion sich bestens bewährt habe. Es habe sich gezeigt, daß er, als er das Rundschreiben an die Zeitungen herausgehen ließ, die Selbstlosigkeit und Entschlußkraft der deutschen Presse nicht unterschätzt habe. Seitdem es sich bisher übersehen lasse, hätten sich 350 deutsche Zeitungen sofort in den Dienst der Sache gestellt. Zum Schluss gab Dr. Satho der Hoffnung Ausdruck, daß sich an den weiteren Einzeichnungsdaten noch recht viele Deutsche für Hindenburg begeistern möchten. Auch hätten sich noch viele bekannte Persönlichkeiten, deren Namen allerdings veröffentlicht werden müssten, zur Unterzeichnung des Aufrufs bereit erklärt.

Aufruf der Marburger Dozenten zur Wahl Hindenburgs

Marburg, 5. Febr. Die Dozenten der bislangen Universität haben einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: Der Generalfeldmarschall und Reichspräsident von Hindenburg ist für die ganze Welt das Sinnbild des unbereiteten und unbesieglichen deutschen Lebenswillens. In dieser Stunde, in der unter seiner Führung das deutsche Volk den entscheidenden Kampf um seine Freiheit aufgenommen hat, darf es nicht geschehen, daß die Wiederwahl Hindenburgs unter den trüben Vorzeichen innerpolitischer Rivalität vor sich geht. Der Aufruf fordert, daß die Wiederwahl Hindenburgs als ein großer einmütiger Akt des Deutschen, das Vertrauen und der Sieg verlängern werde.